

STADT WESTERHOLT BEBAUUNGSPLAN NR. 5

IN DEM GEBIET ZWISCHEN DEN STRASSEN HINTER DEN GÄRTEN, OBRINGSTRASSE, HERTENER STRASSE UND PROJEKTIERTER BRINKSTRASSE

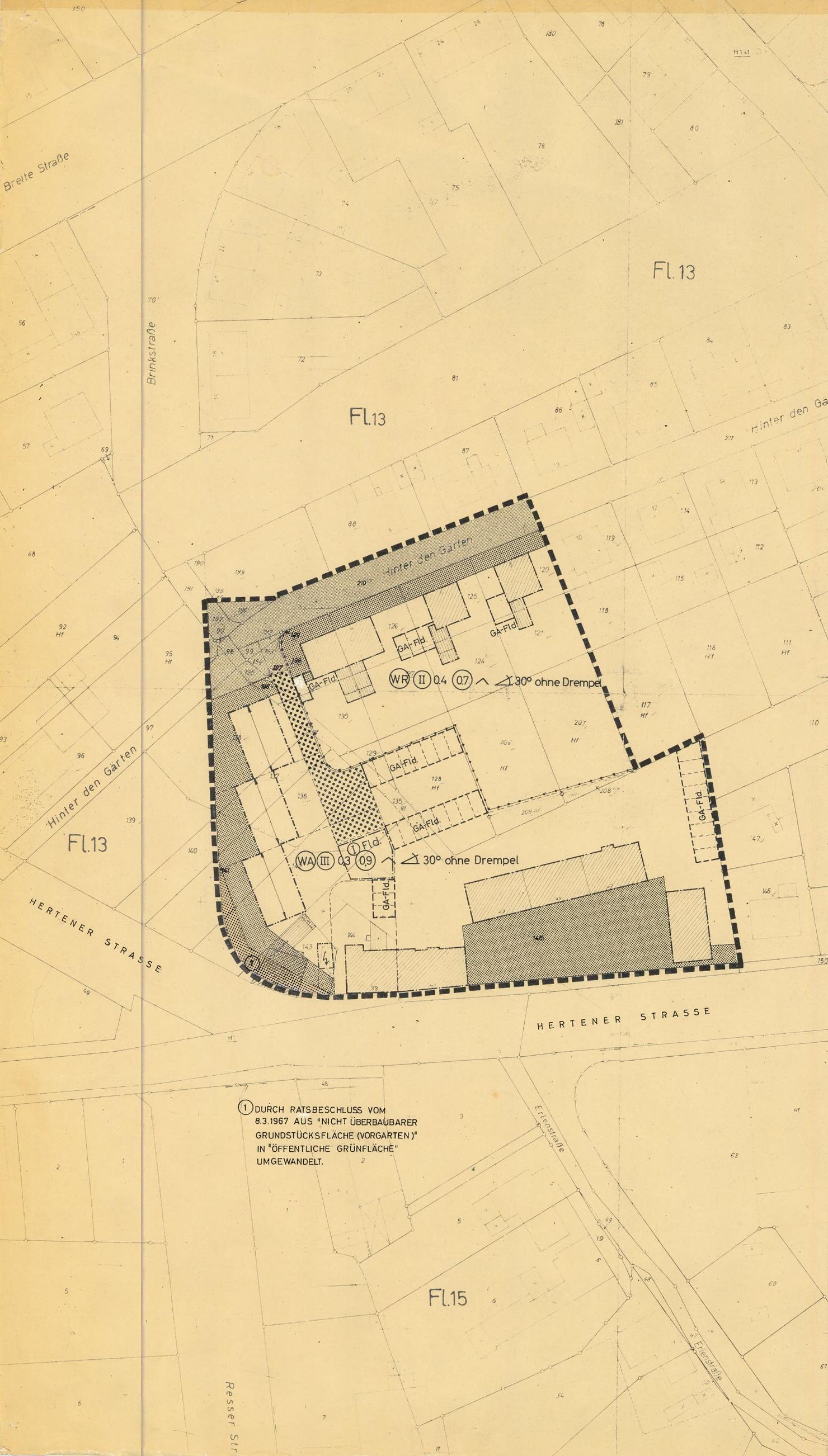
ZUGLEICH AUFHEBUNG DER BAUSTUFENORDNUNG DER STADT WESTERHOLT VOM 24.2.1961 UND DES FLUCHTLINIENPLANES DER STADT WESTERHOLT VOM 19.7.1960 FÜR DEN GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES.

Rechtsgrundlagen für diesen Plan

§§ 9 ff des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) in Verbindung mit - den Vorschriften der Baunutzungsverordnung vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 429) - § 4 der 1. Durchführungsvorordnung zum Bundesbaugesetz vom 29.11.1960 (GV. Nr. S. 433) und § 103 der Landesbauordnung vom 25.6.1962 (GV. Nr. S. 373).

KREIS : LANDKREIS RECKLINGHAUSEN
GEMEINDE : WESTERHOLT
GEMARKUNG : WESTERHOLT
FLUR : 13

Maßstab 1 : 500
1. AUSFERTIGUNG



Zeichenerklärung

- Bestand**
- Wohngebäude
 - Nebengebäude
 - Flurstücksgrenzen
- Festsetzungen**
- Grenze des Plangebietes
 - Baulinie
 - Baugrenze
 - Begrenzungslinie für festgesetzte Flächengrenze
 - Allgemeines Wohngebiet (WA)
 - reines Wohngebiet (WR)
 - öffentliche Verkehrsfläche
 - Flächen für Caragen (GA)
 - mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende private Verkehrsflächen zugunsten eines beschränkten Personenkreises (Anlieger)
 - nicht überbaubare Grundstücksfläche (Vorgarten)
 - Pflichtrichtung der Hauptgebäude
 - öffentliche Grünfläche
 - Zahl der Vollgeschosse, zwingend
 - Grundflächenzahl - (Überbauung jedoch nicht über die Baugrenze bzw. Beilinie hinaus)
 - Geschoßflächenzahl
 - Satteldach
 - Dachneigung = 30°
 - Fl. Flachdach
- Nicht verbindliche Darstellungen**
- Grundstücksgrenzen

AUFZUBEHENDEN FESTSETZUNGEN:
ORDNUNGSBEHÖRDLICHE VERORDNUNG ÜBER DIE ABSTUFUNG UND REGELUNG DER BEBAUUNG FÜR DIE STADT WESTERHOLT VOM 24.2.1961 FÜR DEN GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES.

DURCH BESCHLUSS DES RATES DER STADT WESTERHOLT VOM 12. JAN. 1968 IST DER FLUCHTLINIENPLAN DER STADT WESTERHOLT VOM 30. JUNI 1960 FÜR DEN BEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR. 5 AUFGEHOBEN WORDEN

① DURCH RATS BESCHLUSS VOM 8.3.1967 AUS "NICHT ÜBERBAUBARER GRUNDSTÜCKSFÄCHE (VORGARTEN)" IN "ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE" UMGEWANDELT.

Die Übereinstimmung der Bestandsangaben mit dem Liegenschaftskataster und der Örtlichkeit wird bescheinigt.
Recklinghausen, den 30.3.1966
Landkreis Recklinghausen
Stadtdirektor
Katasterabteilung
Landschaftsmessungsdirektor

Für den Entwurf des Bebauungsplanes
Recklinghausen, den 30.3.1966
Landkreis Recklinghausen
Der Oberkreisdirektor
Stadt Westerholt
Der Stadtdirektor
Stadtplanung

Der Rat der Stadt Westerholt hat am 30.3.1966 nach § 2 (1) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) die Ausfertigung dieses Bebauungsplanes beschlossen.
Westerholt, den 30.3.1966
Bürgermeister
Ratsmitglied

Der Rat der Stadt Westerholt hat am 27.7.1966 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) diesen Bebauungsplanentwurf und seine öffentliche Auslegung beschlossen. Dieser Bebauungsplanentwurf gehört zum Bescheid des Rates der Stadt vom 27.7.1966
Westerholt, den 27.7.1966
Bürgermeister
Ratsmitglied

Dieser Bebauungsplanentwurf und die Begründung haben nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 22.8.1966 bis 21.9.1966 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Westerholt, den 22.9.1966
Stadtdirektor
Bürgermeister

Der Rat der Stadt Westerholt hat am 8.3.1967 den nach § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen. Dieser Bebauungsplan gehört zum Beschluß des Rates der Stadt vom 8.3.1967
Westerholt, den 8.3.1967
Stadtdirektor
Bürgermeister
Ratsmitglied

Zu diesem Bebauungsplan gehört die gutachtliche Äußerung des Verbandsausschusses des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk
Essen, den 20. Sep. 1966
Az.: 3-499-66
Der Verbandsdirektor
Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist nach § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 22.12.1967
AZ. I 32-125.4 (Westerholt 5)
genehmigt worden.
Essen, den 22.12.1967
Landesbaubehörde Ruhr
Oberregierungs- und -baurat

Die Genehmigungsverfügung der Landesbaubehörde Ruhr vom 22.12.1967 AZ. I 32-125.4 (Westerholt 5) ist nach § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) örtlich mit Hinweis auf Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung bekanntgemacht worden.
Damit ist dieser Bebauungsplan rechtsverbindlich geworden.
Westerholt, den 6. MÄRZ 1968
Stadtdirektor
Aufgestellt: 18.7.66
Stand: 8.3.1967